

# DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Schleswig-Holstein • www.die-linke.de

## Frieden

**Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

### Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

### Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 6**

### Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

### Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

### Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



### Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

### Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

### Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

**Gute Gewinne sind möglich**  
LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

## Gerechtigkeit ist wählbar!

### Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

## Die LINKE Stimme aus dem Norden



Cornelia Möhring, Spitzenkandidatin in Schleswig-Holstein

Nach den Landtagswahlen im Mai diesen Jahres regiert erstmals in Schleswig-Holstein ein CDU-Ministerpräsident, der sich von Grünen und FDP unterstützen lässt. Diese sogenannte Jamaika-Koalition wird unsere Region nicht sozialer und solidarischer machen, das kann man im Koalitionsvertrag nachlesen. Dabei wäre es Zeit für einen Politikwechsel. Schleswig-Holstein benötigt zum Beispiel dringend Investitionen in der kommunalen Gesundheitsversorgung. Der wachsenden Ar-

mut von Kindern, Älteren und Alleinerziehenden muss sofort etwas entgegengesetzt werden. Am 24. September können auf Bundesebene dazu die Weichen gestellt werden: DIE LINKE fordert, die Kommunen zu stärken, damit sie wieder gestalten können. In Schleswig-Holstein fehlen wie überall in der Bundesrepublik Plätze in Frauenhäusern. Da es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt, müssen Frauen und Kinder viel zu lange in den Schutzhäusern verbleiben. Insbesondere an

der Grenze zu Hamburg und in den Städten sind die Mieten so hoch, dass sie sich vor allem Alleinerziehende nicht leisten können. 56 000 Menschen im Norden sind alleinerziehend, davon sind 91 Prozent Frauen. DIE LINKE ist für Mietobergrenzen und dafür, dass Kommunen und Gemeinden wieder als Vermieterinnen und Bauherinnen auftreten. Der Norden braucht auch viel mehr alters- und behindertengerechte Wohnungen! **Mehr zu Schleswig-Holstein auf den Seiten 5 bis 8**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

### Liebe Wählerinnen und Wähler,

*DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.*

*Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

# Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

**Familien** soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

**Alleinerziehende** tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

**Erwerbstätige** sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

**Erwerbslose** brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

**Mieterinnen und Mieter** sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

**Rentnerinnen und Rentner** hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

**Pflegekräfte** sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

**Studierende** sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: [www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm)

## Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

**DIE LINKE will**  
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken  
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen  
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken  
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial vertraglich umbauen.

# »Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

## Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

**Sahra Wagenknecht:** Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

## Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

**Wagenknecht:** In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

**Dietmar Bartsch:** Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

## Worin besteht dieser?

**Bartsch:** Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

## Wie kann das gelingen?

**Wagenknecht:** Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

**Bartsch:** Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

**Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...**

**Bartsch:** ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

## Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

**Wagenknecht:** Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

**Bartsch:** Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiteres.«  
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

## Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

**Wagenknecht:** Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

**Bartsch:** Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

## Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

**Bartsch:** Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiteres.

## Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

**Wagenknecht:** DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

**Bartsch:** Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



**Dietmar Bartsch,** geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

## Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



## Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

# »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

**Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren.** »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist. Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

**Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll:** Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

**Der Mann wird einfach noch gebraucht.** In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

**DIE LINKE will**  
 ■ die EU neu starten:  
 mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

## Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

**DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden.** »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.





# Mieten runter

## Für den Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau

Ob man gut im Norden wohnt, kommt darauf an: Zum Beispiel ob das Einkommen ausreicht, um eine Miete von bis zu 15 Euro pro Quadratmeter bezahlen zu können. **Die Höhe der Miete richtet sich im Norden besonders stark nach der Lage der Wohnungen:** Ob in den Urlaubsgebieten wie Sylt oder Travemünde, in den großen Städten wie Kiel oder Lübeck. Ob auf dem Land oder an der Stadtgrenze Hamburgs. Miro Berbig, 52, sieht mit großer Sorge, wie sich die Mieten entwickelt haben: »Nicht selten müssen 40 Prozent des Haushaltseinkommens dafür aufgebracht werden«, sagt der Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 8. Er findet sich nicht damit ab, sondern fordert einen Neustart für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau: »Die Kommunen müssen auf dem Wohnungsmarkt endlich wieder mitmischen«, fordert der Norderstedter, der auch als Ratscherr aktiv ist. »Nur dann kümmern sich auch die privaten Anbieter wie-

der um bezahlbare Wohnungen. Wir brauchen zudem eine festgelegte Quote an Wohnungen, die gefördert werden.«

Beispiele für diese Idee gibt es genug – auch in Norderstedt selbst: Es ist der Hartnäckigkeit des IT-Beraters zu verdanken, dass mittlerweile 30 Prozent aller neu gebauten Mehrgeschosswohnungen gefördert werden – und damit niedrigere Mieten haben. Miro Berbig ist damit zwar nicht zufrieden, es war ein Kompromiss. Immer noch fehlen allein in der fünfgrößten Stadt Schleswig-Holsteins 4 000 Wohnungen. Aber es zeigt, was machbar ist. Bekommt DIE LINKE bei den Bundestagswahlen ein gutes Ergebnis, kann sie den Druck abermals erhöhen. Und das ist auch dringend notwendig.

Gemeinnützigkeit – was ist das eigentlich? Sie hat in Deutschland eine lange Tradition. Bereits seit Mitte des 19. Jahrhunderts sorgen Selbsthilfevereine und Wohlfahrtseinrichtungen dafür, dass Menschen in günstigem Wohnraum leben, weil deren

Mieten nicht dem Profit dienen und ihre Immobilien keine Spekulationsobjekte sind. Gemeinnützige Einrichtungen arbeiten nach dem Kostendeckungsprinzip, Einnahmen und Vermögen werden zum Zweck der preisgünstigen Wohnraumversorgung

eingesetzt. Seit aber im Jahr 1990 mit dem Steuerreformgesetz die Wohnraumgemeinnützigkeit von der schwarz-gelben Bundesregierung abgeschafft wurde, schmolzen immer mehr sozial gebundene Wohnungsbestände ab, auf dem Wohnungs-

markt wurden gewinnorientierten Unternehmen Tür und Tor geöffnet: Allein von 1989 bis 2013 verringerte sich der Bestand an Sozialwohnungen von 5 Millionen auf 1,46 Millionen. Entsprechend stiegen die Mieten an. In den nächsten Jahren wird sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter verschärfen.

## DIE LINKE will kleinere Wohnungen und Studierendenwohnheime

Schleswig-Holstein ist auf die Wohnbedürfnisse jüngerer, älterer, ärmerer aber auch kinderreicher Menschen und insbesondere von Alleinerziehenden besonders schlecht eingestellt. So ist der Wohnungsbau im Norden rückläufig: bei der Fertigstellung von Wohnungen um 1,6 Prozent, beim Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern sogar um über 10 Prozent. Im Schnitt sind neue Wohnungen

zudem immer noch über 100 Quadratmeter groß und entsprechend teuer – das braucht kein Studierender und keine Rentnerin. Große Wohnungen sind für Familien mit vielen Kindern kaum bezahlbar. »Die Folge ist«, sagt Miro Berbig, »dass immer mehr Menschen keine geeigneten vier Wände finden.« Und werden erst die geburtenstarken Jahrgänge älter, so schätzt er, werden sich die Probleme weiter verschärfen.

**DIE LINKE fordert für das nördlichste Bundesland zudem 50 000 Sozialwohnungen sofort,** zudem Wohnheime für Studierende in Kiel und Lübeck und insbesondere für die Älteren Wohnungen, die auch mit niedriger Rente bezahlt werden können.

Sie verlangt auch, die Gewerbesteuer in eine Gemeindefortschaffungssteuer umzuwandeln. Allein das würde den Kommunen 15 Milliarden Euro zusätzlich einbringen. Soziale Politik ist eben machbar, auch schon heute.

# Aufstehen gegen Rassismus – jetzt erst recht!

Fast täglich greifen Rassisten und Rassistinnen Geflüchtete an. Erschreckend viele Menschen nehmen an fremdenfeindlichen Demonstrationen teil. Und die AfD ist längst ein Sammelbecken für Fremdenfeindlichkeit. An vielen Orten ist sie zum Instrument der extremen Rechten geworden. Abgeordnete der AfD verbreiten Naziparolen und hetzen gegen Andersdenkende. Die AfD ist zu einer ernsthaften Gefahr geworden für all jene, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen. Wir setzen uns dagegen zur Wehr. **Wir greifen ein, wenn Rassistinnen und Rassisten Menschen in unserer Mitte attackieren.** Stimmungsmache gegen Geflüchtete treten wir entgegen. Wir heißen Geflüchtete willkommen. Wir stehen auf gegen den Rassismus von

Pegida, AfD, NPD & Co. Wir erheben unsere Stimmen, um in die gesellschaftlichen Debatten einzugreifen, gegen rechten Populismus. Wir wollen Solidarität, Zusammenhalt und ein besseres Leben für alle!



## Gute Bildung für alle

Das beste Instrument, um eine Gesellschaft nachhaltig zu verändern, ist gute Bildung – eine umfassende, ganzheitliche Bildung, die zum selbstständigen, kreativen und kritischen Denken und Handeln befähigt und eine Perspektive bietet. Wir wollen, dass gute Bildung nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, sondern sämtliche Angebote ohne Drittmittel ausfinanziert sind, damit eine unabhängige Lehre für alle garan-

tiert ist. **Wir wollen Schüler und Schülerinnen, Azubis und Studierende unabhängig und mobil machen, mit kostenlosen ÖPNV-Tickets und einer Mindestausbildungvergütung, die zum guten Leben reicht.** (Aus-)Bildung soll jungen Menschen einen Weg bieten, zu eigenständigen, unabhängigen, kritischen und solidarischen Mitgliedern der Gesellschaft zu werden, anstatt sie durch Turbo-Abi, Leistungsdruck, Konkurrenzden-

ken, Ausbeutung in der Ausbildung und die ständige Angst vor dem Abhängigsein möglichst schnell für den Arbeitsmarkt verwertbar zu machen. Schule, Ausbildung und Studium sollten Räume zur Entfaltung sein – zum Ausprobieren, Entwickeln, zum Denken und zur Erfahrung. Bildung ist das wichtigste Gut, das wir haben, und die beste Möglichkeit, eine bessere Zukunft zu gestalten. Lasst uns endlich umdenken!

# Gesundheit in Schleswig-Holstein: Das will DIE LINKE

## Statt Klinikschließungen mehr Personal für Krankenhäuser und Pflege

Kinderkriegen ist wohl das Aufregendste, was es im Leben gibt. Doch seit in Schleswig-Holstein immer mehr Kreißsäle schließen, haben werdende Mütter und ihre Partnerinnen oder Partner ein großes Problem: Wo soll das Baby auf die Welt kommen? Beispiel Sylt: **Seit dreieinhalb Jahren gibt es keine Geburtsstation mehr auf der nördlichsten deutschen Insel.** Die Folge: Die Hochschwangeren müssen aufs Festland. Der Grund dafür hat einen Namen: Für Investor Bernhard Broermann, der mit seinem Klinikonzern Asklepios das Krankenhaus in Westerland gekauft hat, ist ein Kreißsaal mit unter 100 Geburten jährlich zu unrentabel. Er schloss ihn kurzerhand. Seitdem sind Säuglinge, die es besonders eilig hatten, schon mal im Autozug auf dem Weg aufs Festland geboren worden. Damit das nicht mehr geschieht, müssen Schwangere nun zwei Wochen vor dem errechneten Geburtstermin die Insel verlassen. »Ich finde, das ist weder ein guter Start

ins Leben noch sinnvoll für eine wachsende Familie«, sagt die Spitzenkandidatin der LINKEN für Schleswig-Holstein, Cornelia Möhring. »Kein Wunder, dass immer mehr Menschen von Sylt fortziehen.«

Gesundheit sollte generell keine Ware sein. Doch mit der zunehmenden Privatisierung der

gel. Bundesweit fehlen mindestens 162 000 Stellen. Ursache sind hauptsächlich fehlende Qualitätsstandards, die eine Anzahl an Pflegefachkräften vorschreiben könnten. Auch unzureichende Kontrollmöglichkeiten der Behörden tragen dazu bei, dass immer weniger Pflegekräfte kranke Menschen versorgen müssen.

Bei der ambulanten Versorgung sieht es leider ähnlich aus: Die

Wartezeiten für einen Termin bei der Orthopädin oder dem Internisten können schon mal drei Monate betragen. Insbesondere für Ältere ist das eine Zumutung. Für Berufstätige können sich dadurch die Genesung und damit der Wiedereinstieg in den Job verzögern. Der Hauptgrund

kommt, egal wie der Heilungsprozess verläuft. Gleiches gilt für Operationen. Darunter leiden insbesondere ärmere Menschen. Sie können Zusatzleistungen und spezielle Therapien meistens nicht bezahlen.

Doch damit noch nicht genug: **Die Krankenhäuser – ob nun privat, kommunal oder gemeinnützig – leiden unter dem Kostendruck.**

Doch Investitionskosten, die sie aus Steuergeldern decken könnten, werden in viel zu geringem Maß gewährt. Der Investitionsstau beläuft sich auf mehrere Milliarden Euro.

DIE LINKE will das endlich ändern: Mit einer Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamtinnen/Beamte und Abgeordnete – und zwar auf alle Einkommen, ohne Beitragsbemessungsgrenze. Auch müssen Behandlungen wieder nach Aufwand und individueller Diagnose abgerechnet werden können. Es muss zudem eine Personalbemessung für Pflegekräfte per Gesetz festgeschrieben werden.

**DIE LINKE kämpft dafür solidarisch an der Seite der Gewerkschaft ver.di für mehr Personal.**

»Die gesundheitliche Versorgung muss dem Wohl der Menschen dienen und nicht der Rendite ultrareicher Investoren und einer falschen Ausgabenpolitik der Bundesregierung und der Bundesländer«, fordert Cornelia Möhring.



Michael Breyer

### DIE LINKE will

- sofort eine bundesweite gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und in der Pflege, um die Arbeitsbedingungen und die Versorgungsqualität wirksam und schnell zu erhöhen
- Fallpauschalen abschaffen
- tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte für allgemeinverbindlich erklären. Keine Pflegefachkraft soll weniger als 3.000 Euro brutto in Vollzeit verdienen;
- sofort einen Pflegemindestlohn von 14,50 Euro
- Patientinnen- und Patientenvertretungen aktiv in die Versorgungsplanung einbeziehen;
- Pflegesatzverhandlungen transparent gestalten
- die weitere Privatisierung von Krankenhäusern verhindern und bereits privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in Nonprofit-Trägerschaften überführen.

Krankenhäuser ist genau das geschehen. Deutschland hat sogar die höchste Dichte an privaten Kliniken europaweit. Und es geht weiter: Stationen und sogar ganze Krankenhäuser schließen. 107 Kliniken gibt es noch in Schleswig-Holstein. Ihre Zahl droht sich weiter zu verringern, vor allem die kommunalen müssen zittern. Auf dem Land müssen Patientinnen und Patienten mittlerweile große Strecken zurücklegen, wenn sie medizinisch behandelt werden sollen.

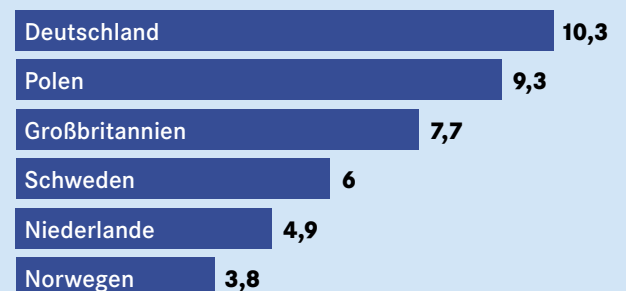
**Drei Monate auf einen Termin bei der Orthopädin warten? Unzumutbar!**

Es krankt an allen Ecken und Enden in der gesundheitlichen Versorgung: In den Kliniken herrscht akuter Personalman-

hierfür ist das Fallpauschalensystem DRG. Danach können Arzt oder Ärztin für eine bestimmte Diagnose und Behandlung nur einen Festbetrag abrechnen – egal wie oft die Patientin oder der Patient in die Sprechstunde

### Pflegepersonal im europäischen Vergleich

Anzahl der Patientinnen und Patienten, die eine Pflegekraft im Jahr 2015 im Durchschnitt betreuen musste



# Die Gesellschaft gemeinsam verändern

Cornelia Möhring ist Spitzenkandidatin der LINKEN in Schleswig-Holstein

Cornelia Möhring ist stellvertretende Vorsitzende der 64-köpfigen Bundestagsfraktion der LINKEN. Als ihre frauenpolitische Sprecherin hält sie enge Kontakte zu außerparlamentarischen Aktivistinnen. Rund 2 000 Gäste aus Schleswig-Holstein lud sie in den letzten Jahren nach Berlin ein, den Reichstag zu besichtigen und mit ihr ins Gespräch zu kommen. Die gebürtige Hamburgerin tritt im Wahlkreis Pinneberg an, fühlt sich aber verantwortlich für die ganze Region. Entsprechend viel ist sie im Norden unterwegs. **»Sie schafft was weg, sagen Weggefährtinnen und Weggefährten.** Sie geht offen auf einen zu, sagen jene, die die 57-Jährige kennengelernt haben. Kommt schnell in Kontakt, ist aufmerksam. Stellt sich nicht so in den Vordergrund wie viele andere im Bundestag, die meinen, es gebe niemanden, der wichtiger ist als man selbst. Das ist vielleicht ihre größte Schwäche – und ihre Stärke zugleich: Sie hat zwar gern Erfolg, aber er ist ihr dann am liebsten, wenn sie ihn mit anderen teilen kann. Aus der Sozialökonomin ist in den sieben Jahren, die sie mitt-

lerweile dem Bundestag angehört und in dem sie zudem als stellvertretende Ausschussvorsitzende tätig ist, eine anerkannte Fachfrau für die Gleichstellung der Geschlechter und den Feminismus geworden. Hartnäckig verfolgt sie ihre Themen: Sexualstrafrecht, Geburtshilfe, Quote, Entgeltgleichheit, Gewalt gegen Frauen, Prostitutionsgesetzgebung und Selbstbestimmungsrechte. Sie stellt viele Anfragen an die Bundesregierung, brachte Anträge und Gesetzesentwürfe ein. Ein Highlight ihres frauenpolitischen Engagements war sicherlich der »Bundesaktionsplan gegen Sexismus«. Sie hat damit die Diskussion angestoßen, sodass Sexismus im Bundestag und in der Gesellschaft nicht mehr nur als blöde Anmache von Frauen verstanden wird, sondern als strukturelle Frage dieser Gesellschaft. Armut, Unterdrückung und Gewalt haben eben nicht nur in fernen Entwicklungsländern, sondern auch in diesem Land ein Geschlecht. Die Regierungsfaktionen kamen nicht umhin, den Aktionsplan Ende März dieses Jahres von Expertinnen und Experten beurteilen

zu lassen. Von fast allen Seiten gab es großes Lob und Anerkennung.

**Ihr Hauptanliegen ist der Kampf gegen Ungerechtigkeit, hier vor allem im Sozialen:** bei der Rente, in der Gesundheit, der Pflege. Insbesondere nimmt sie Alleinerziehende und prekär lebende Frauen in den Fokus ihrer Politik. Deswegen kandidiert sie erneut für den Bundestag. Sie will weiter für ihre Ziele arbeiten und sie durchsetzen. Und das nie allein, sondern zusammen mit anderen. Mit den Hebammen, mit den Gewerkschaften, den Sozialverbänden, dem Bundesverband der Sexarbeiterinnen, mit den Seniorenvereinigungen, mit den Frauenhäusern, mit Gleichstellungsbeauftragten, Pinkstinks, den Landesfrauenräten und dem Deutschen Frauenrat. Mit allen, die sich genauso leidenschaftlich für die Rechte von Frauen und Menschen aller Geschlechter und Identitäten einsetzen, die sich in den patriarchalen und meist gewinnorientierten Strukturen nicht frei entfalten können. Denn nur so verändert man diese Gesellschaft.

[www.cornelia-moehring.de](http://www.cornelia-moehring.de)



Expertin für Frauenpolitik, Feminismus und Gleichstellung: Cornelia Möhring

Uwe Steinert

# Engagiert für den Frieden

Lorenz Gösta Beutin will ein zweites Mandat für Schleswig-Holsteins LINKE holen

Er ist 38 Jahre alt, und seit 26 Jahren gibt es keine politische Lücke in seinem Lebenslauf. Lorenz Gösta Beutin, Landes- sprecher der LINKEN in Schles-

wig-Holstein, tritt zur Bundestagswahl als Nummer 2 der Liste an, um seinem Bundesland neben Cornelia Möhring eine weitere Stimme im Berliner

Parlament zu geben. Die Chancen stehen gut: Bei der Landtagswahl im Mai erreichten die Genossinnen und Genossen im Norden 3,8 Prozent – 1,5 mehr als 2012.

Thematisch setzt der Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Kieler Regionalbüro Nord neben Antifaschismus und sozialökologischen Umbau der Gesellschaft auf Frieden. Schleswig-

Holstein gilt als Supermarkt der Rüstungsindustrie. In Jagel sind Beobachter-»Tornados« stationiert, die zurzeit über Syrien Ziele für Bombardierungen auspähen. In den Ostseehäfen Kiel, Eckernförde und Flensburg liegen Marineschiffe, die jederzeit aus- laufbereit sind und an Nato-Übungen teilnehmen. In 28 Rüstungsbetrieben werden unter anderem U-Boote oder andere Marineschiffe gebaut, außerdem Panzer vom Typ »Leopard 2« und der Schützenpanzer »Puma«. Konversion tut not. Wie Kampagnen gehen, weiß er: Während er in Hamburg Ge-

schichte, Politikwissenschaft und Germanistik studierte, organisierte er Streiks gegen Studiengebühren, gegen das Bachelor-Master-System und die Entdemokratisierung der Hochschulen. Er ist Mitglied des Kieler Friedensforums und des Zusammenarbeitsausschusses der Friedensbewegung Schleswig-Holstein – und entsprechend aktiv bei Kundgebungen und Demonstrationen, zum Bei-

spiel vor dem Fliegerhorst in Jagel. Mitten- drin statt nur dabei.

In Ostholstein erwarb Beutin sein Direktmandat für den Landtag: »Als Landessprecher muss ich Verantwortung übernehmen. Ich habe bereits sehr früh die Initiative gegen die Fes-

selaufbereit sind und an Nato-Übungen teilnehmen. In 28 Rüstungsbetrieben werden unter anderem U-Boote oder andere Marineschiffe gebaut, außerdem Panzer vom Typ »Leopard 2« und der Schützenpanzer »Puma«. Konversion tut not. Wie Kampagnen gehen, weiß er: Während er in Hamburg Ge-

schichte, Politikwissenschaft und Germanistik studierte, organisierte er Streiks gegen Studiengebühren, gegen das Bachelor-Master-System und die Entdemokratisierung der Hochschulen. Er ist Mitglied des Kieler Friedensforums und des Zusammenarbeitsausschusses der Friedensbewegung Schleswig-Holstein – und entsprechend aktiv bei Kundgebungen und Demonstrationen, zum Bei-

spiel vor dem Fliegerhorst in Jagel. Mitten- drin statt nur dabei. In Ostholstein erwarb Beutin sein Direktmandat für den Landtag: »Als Landessprecher muss ich Verantwortung übernehmen. Ich habe bereits sehr früh die Initiative gegen die Fes-

selaufbereit sind und an Nato-Übungen teilnehmen. In 28 Rüstungsbetrieben werden unter anderem U-Boote oder andere Marineschiffe gebaut, außerdem Panzer vom Typ »Leopard 2« und der Schützenpanzer »Puma«. Konversion tut not. Wie Kampagnen gehen, weiß er: Während er in Hamburg Ge-

schichte, Politikwissenschaft und Germanistik studierte, organisierte er Streiks gegen Studiengebühren, gegen das Bachelor-Master-System und die Entdemokratisierung der Hochschulen. Er ist Mitglied des Kieler Friedensforums und des Zusammenarbeitsausschusses der Friedensbewegung Schleswig-Holstein – und entsprechend aktiv bei Kundgebungen und Demonstrationen, zum Bei-

spiel vor dem Fliegerhorst in Jagel. Mitten- drin statt nur dabei. In Ostholstein erwarb Beutin sein Direktmandat für den Landtag: »Als Landessprecher muss ich Verantwortung übernehmen. Ich habe bereits sehr früh die Initiative gegen die Fes-

selaufbereit sind und an Nato-Übungen teilnehmen. In 28 Rüstungsbetrieben werden unter anderem U-Boote oder andere Marineschiffe gebaut, außerdem Panzer vom Typ »Leopard 2« und der Schützenpanzer »Puma«. Konversion tut not. Wie Kampagnen gehen, weiß er: Während er in Hamburg Ge-

schichte, Politikwissenschaft und Germanistik studierte, organisierte er Streiks gegen Studiengebühren, gegen das Bachelor-Master-System und die Entdemokratisierung der Hochschulen. Er ist Mitglied des Kieler Friedensforums und des Zusammenarbeitsausschusses der Friedensbewegung Schleswig-Holstein – und entsprechend aktiv bei Kundgebungen und Demonstrationen, zum Bei-

spiel vor dem Fliegerhorst in Jagel. Mitten- drin statt nur dabei. In Ostholstein erwarb Beutin sein Direktmandat für den Landtag: »Als Landessprecher muss ich Verantwortung übernehmen. Ich habe bereits sehr früh die Initiative gegen die Fes-



Immer dabei: Lorenz Gösta Beutin organisiert Kampagnen und Demonstrationen

Peter Werner

## DIE LINKE will

- als ersten Schritt alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten. Mit diesen sogenannten Kleinwaffen – darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen – werden die meisten Menschen in den Kriegen dieser Welt getötet. Sie sind die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts

- Rüstungsexporte verbieten und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland einstellen

- mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.



## Fehmarnbelt: Der Tunnel nutzt nur denen, die am Bau verdienen

Viele Anwohnerinnen und Anwohner wehren sich. DIE LINKE fordert, den Bau zu stoppen, und legt Alternativen auf den Tisch

Die Feste Fehmarnbeltquerung (FFBQ) soll Deutschland und Dänemark mit einem Tunnel verbinden. Autos und Eisenbahn sollen so die Ostsee unterqueren. Doch viele Bürger in Schleswig-Holstein sind gegen dieses Wahnsinnsprojekt. Bis August 2016 wurden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens insgesamt 12 600 Einwendungen von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern eingereicht.

Umweltschutzverbände wie der NABU wenden ein, dass der Bau der FFBQ irreparabel und nicht wieder gutzumachende Schäden an Flora und Fauna an Land und zu Wasser zur Folge haben wird. Expertinnen und Experten geben zu bedenken, dass die Berechnungen zur Wirtschaftlich-

keit der Querung auf veralteten oder nicht begründeten Annahmen beruhen. Eine vom NABU in Auftrag gegebene Studie kam 2016 zu dem Ergebnis, dass der Schienenverkehr von und nach Dänemark seit Jahren rückläufig ist.

**Die Querung ist ein Milliardengrab, eine Last für die dänischen und deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.** Nicht nur in der Bauphase, auch nach der Fertigstellung sei die Querung eine Gefahr für den regionalen Tourismus, fürchten Bürgerinitiativen wie die TsT (Tourismusort statt Transitort) in Timmendorfer Strand. Sie sehen den Tourismus in der gesamten Lübecker Bucht in Gefahr. Trotzdem

hält auch die neue Landesregierung an dem Projekt fest. Die Koalition hat sich zu der Querung bekannt.

Dieses Milliardengrab aus Beton nutzt nur denen, die am Bau der Fehmarnbeltquerung verdienen. Der behauptete Nutzen steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Schäden an der Umwelt und der drohenden Vernichtung von Arbeitsplätzen im Tourismus. Bereits jetzt zeichnet sich eine gewaltige Kostenexplosion ab, die andere gescheiterte Großprojekte wie Stuttgart 21 oder den Flughafen Berlin-Brandenburg in den Schatten stellt. DIE LINKE war sich gemeinsam mit Umweltschutzverbänden, lokalen Bürgerinitiativen und der dänischen Linkspartei En-

hedslisten in der Ablehnung der auch volkswirtschaftlich völlig unsinnigen Fehmarnbeltquerung immer einig – und dabei wird es bleiben. Auch im Bundestag kämpft DIE LINKE gegen das Projekt. Nach den Wahlen im September wird DIE LINKE Druck machen und dafür sorgen, dass die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins auch in Berlin Gehör finden.

Doch DIE LINKE unterbreitet auch eigene Vorschläge. **Als Alternative soll die marode Rader Hochbrücke durch einen kombinierten Straßen- und Eisenbahntunnel ersetzt werden**, um die Verkehrsverbindungen von und nach Skandinavien zu stärken.

## Besser legal!

DIE LINKE steht für einen selbstbestimmten, verantwortungsvollen Umgang mit Drogen und ist sich bewusst, dass es so etwas wie einen ungefährlichen Drogenkonsum nicht gibt. Drogen sind eine Alltagserscheinung, wobei die Unterscheidung zwischen tolerierbaren legalen Drogen und verteuerten illegalen Drogen willkürlich erfolgt und nichts mit dem tatsächlichen Gefahrenpotenzial zu tun hat. Die gegenwärtige Politik setzt auf Verbote und Kriminalisierung von Konsumentinnen und Konsumenten statt auf Hilfe für Abhängige. Wir wollen neue Wege in der Drogenpolitik gehen, in deren Mittelpunkt ein selbstbestimmter Konsum steht, bei welchem die gesundheitlichen Risiken gering gehalten werden – egal ob



Kaffee, Zigarette oder Gras. Das Verbot von Rauschmitteln führt nicht dazu, dass weniger Drogen konsumiert werden, sondern es verstärkt die Gefahren und Probleme des Drogenkonsums: Durch Streckmittel werden die gesundheitlichen Risiken erhöht. Die Einnahmen aus dem Handel mit Drogen finanzieren ganze Bereiche der organisierten Kriminalität. Die Strafverfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten und die Bekämpfung der Beschaffungskriminalität kosten jährlich viele Millionen Euro. Stattdessen lässt sich der Staat Steuereinnahmen in Millionenhöhe – etwa auf Cannabis – entgehen. Wir sind für einen offenen gesellschaftlichen Umgang mit Rauschmitteln, der Menschen einerseits das Recht gibt, selbst zu entscheiden, welche Substanzen sie konsumieren wollen, und andererseits Abhängigen die bestmögliche Betreuung und Hilfe anbietet.

## Unsere Plätze drei bis sechs



**Platz 3  
Ayse Fehimli-Kuzu**

60 Jahre, Angestellte, Künstlerin, Mitarbeiterin in einer Frauenberatungsstelle. Ihre Themen: Kultur, Soziales, Gewaltprävention und feministische Politik. Als Abgeordnete im Kieler Rathaus konnte sie kommunalpolitische Erfahrung sammeln. Ihr Motto: »Wenn wir in der Gegenwart nichts tun, ist die Zukunft schon verloren.«



**Platz 4  
Sascha Luetkens**

40 Jahre, Angestellter, Vorsitzender der Lübecker LINKEN. Seine Themen: Teilhabe, Schul- und Gesundheitspolitik. Patchworkvater und Mitorganisator des Lübecker CSD. Er meint: »Wenn wir echte Verbesserungen erreichen wollen, müssen wir bündnisfähig sein und unsere parlamentarische Tätigkeit mit außerparlamentarischen Aktivitäten verbinden.«



**Platz 5  
Katjana Zunft**

48 Jahre, Familientherapeutin, Mitarbeiterin in einem Frauenhaus. Ihre Themen: Frauen, Jugend und Sozialpolitik. In Lübeck hat sie eine Begegnungsstätte für Flüchtlinge aufgebaut und kümmert sich um Freizeitangebote. Sie organisierte den Women's March Lübeck, an dem rund 1 500 Menschen teilnahmen. Sie sagt: Machen ist wie wollen – nur krasser.«



**Platz 6  
Pascal Seidler**

27 Jahre, arbeitet in einer Behindertenwerkstatt in Kiel. Seine Schwerpunkte: Inklusion von Menschen mit Handicap, Arbeit gegen Rassismus und Rechtsradikalismus. Er sagt: »Die Bundesregierung hat es versäumt, für Gleichstellung für Menschen mit Behinderung zu sorgen. Echte Gleichstellung können wir nur selbst gemeinsam erkämpfen.«

**Kontakt**  
DIE LINKE,  
Schleswig-Holstein  
Exerzierplatz 34  
24103 Kiel  
Telefon: 04 31 / 73 77 01  
www.linke-sh.de



# Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

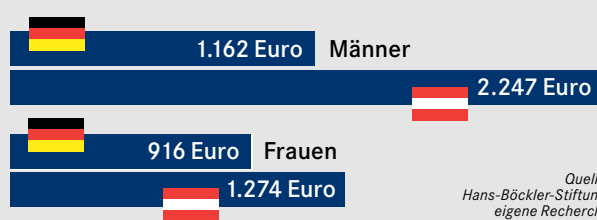
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

**Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich**  
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



## Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«  
**Bernd Riexinger,**  
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



## Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

## Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE will**

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



## Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

## Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

# Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«  
*Katja Kipping,  
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

### DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

# Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

# Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertgremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

**DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt.** Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>1.239.319</b>	<b>2.344.187</b>	<b>2.490.226</b>	<b>2.993.237</b>	<b>5.551.990</b>

\* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015  
Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

## Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis:** Fairphone 2: zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis:** Diamant Fahrrad Topas Villiger: überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis:** Marx-Figur: Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.–10. Preis:** Linkes Buchpaket

Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	LINKE-Politiker	Beinkleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung
↳	7	↳	Früchte	↳	↳	Waldtier	6
Anrede	Gebäudeimperium (engl.)	↳	↳	Mittel-europäer	↳	13	Abbau von Waffen
↳	↳	3	bibl. Garten	↳	↳	Tierkadaver	↳
laot. Fluss	↳	↳	1	↳	8	↳	12
Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee	↳	2	7	1	3	Weißfisch
↳	↳	5	6	7	9	8	Meeresalge
Segelstange	↳	↳	4	7	3	6	Wohnungseingang
↳	↳	1	↳	5	1	3	nord. Gottheit
Galleriemasse	nieder-sächs. Fluss	kleiner Betrug	1	2	8	4	Schwimmvogel
↳	↳	↳	↳	jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Habe
↳	↳	↳	↳	Hautfalte	↳	↳	Teil des Mittelmeers
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove	↳	↳	2	↳	Nachrichtensatellit
↳	↳	↳	↳	↳	↳	trop. Kröte	↳
↳	↳	↳	↳	↳	↳	Nähzubehör	↳
Säugetier	röm. Fußballclub	↳	↳	Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer	↳	jap. Buddhismus
↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳
LINKEN Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister	↳	↳	↳	↳	Geburts-ort von Marx	↳
↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳
↳	↳	↳	↳	↳	↳	Roman von Zola	↳
↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳	↳
1	2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	14	

## Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG  
IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00  
BIC: BEVODEBB  
Kennwort: Spende  
oder: [www.die-linke-spende.de](http://www.die-linke-spende.de)

## Die Hürde!

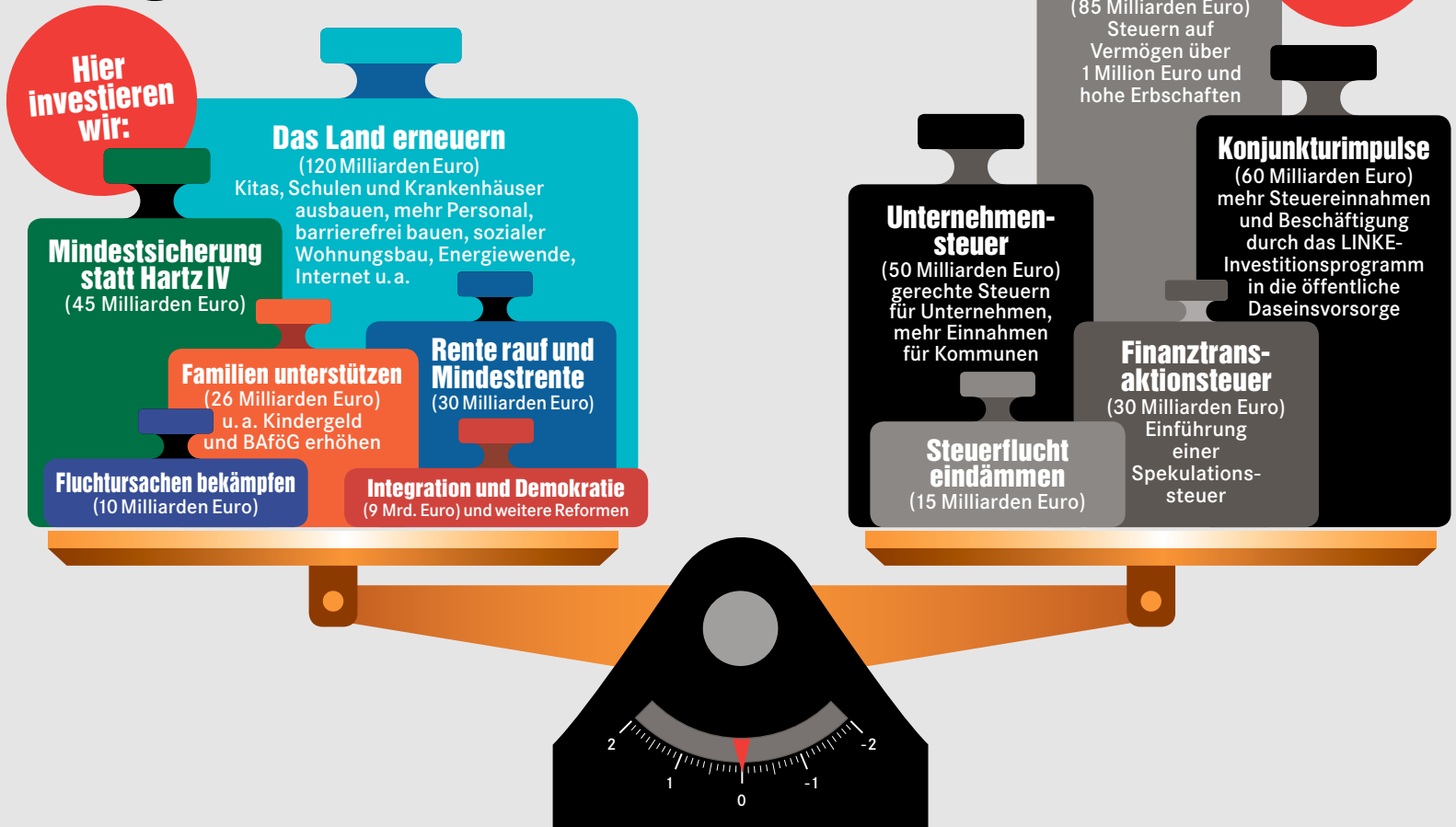
Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

Tel. (030) 29 78 18 00  
neues-deutschland.de/abo

**Kombi-Miniabo:** 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für 9,90€

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Schleswig-Holstein: 100 000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE, 030 / 24 00 99 99, www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

# So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



## Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



### Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



**Egreif Partei für eine bessere Zukunft!**  
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:  
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
linksaktiv@die-linke.de  
Telefon: 030/24009-111  
**www.linksaktiv.de**